

Corona und die Notwendigkeit eines Grundeinkommens

Der fehlende politische Wille

Krisen bringen Dinge auf den Punkt. Sie machen sichtbar, was zwar immer schon da, auch keineswegs verborgen war, was man vielfach aber nicht wahrnehmen wollte. Sie zeigen auch in aller Klarheit, wo Ausweg aus dem Dilemma liegen könnten.

Die Coronakrise hat, neben vielem anderen, deutlich werden lassen, dass es sich mitten im Kapitalismus ohne ein gesichertes Einkommen kaum leben lässt. Ich will das nicht gegenüber etwa der Notwendigkeit eines guten Gesundheitssystems, einer umfassenden öffentlichen Infrastruktur oder der Verfügbarkeit des Lebensnotwendigen, und sei es nur Toilettenpapier, im unmittelbaren Umfeld priorisieren. Im Gegenteil, in allen dem zeigt sich, dass für zahlreiche Menschen immer schon der Normalzustand das Problem war und nicht die Krise.

Die gewachsene Plausibilität der Notwendigkeit eines Einkommens drückte sich im Frühjahr in zahlreichen Petitionen an unterschiedliche Adressen aus, die inzwischen weit über ein Million Unterschriften gefunden haben. Dabei sind die Forderungen der einzelnen Petent*innen im Einzelnen recht unterschiedlich. Einige wollen lediglich eine Notfallzahlung an besonders von der Krise Betroffene, andere zielen auf ein vollumfängliches Grundeinkommen gemäß der breit akzeptierten Definition, dass die Zahlung unabhängig von Erwerbsstatus und Einkommen an alle, ohne Gegenleistung und in einer Höhe, die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert, erfolgen soll. Einige fordern zeitlich begrenzte Zahlungen, andere dauerhafte. Nicht nur die Zahl der Unterstützer*innen, sondern auch die Unterschiedlichkeit der Personen, die Petitionen verfasst haben, zeigen, dass die Forderung weit über die herkömmliche Grundeinkommensszene hinaus Zustimmung findet. Auch im Attac-Kreis wird inzwischen von der Notwendigkeit eines gesicherten Einkommens gesprochen.

So ist es leicht verständlich, dass Grundeinkommensbefürworter*innen sich in der Einschätzung bestätigt sehen, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) nicht an der Finanzierung scheitert, sondern am politischen Willen. Dabei sind die modernen Staaten höchst unterschiedlich unterwegs bei der Unterstützung für Betroffene. Längst nicht überall bekommen diejenigen überhaupt etwas, die es am ehesten bräuchten. Für Hunderte von Millionen Menschen weltweit brechen auch noch ihre bisherigen Überlebensmodelle zusammen, gleichgültig ob sie im Angebot mehr oder weniger sinnvoller Dienstleistungen, dem Verkauf von mehr oder weniger sinnvoller Produkte, Betteln oder dem direkte Kleindiebstahl bestanden. Gerade in den arm gemachten Ländern steigt die Zahl derer täglich, die auf ähnliche Einkommensquellen angewiesen wären. Und überhaupt dürfen sie wegen der Coronaauflagen diesen Geschäften nicht mehr nachgehen. Tun sie es doch, werden von der Staatsmacht vertrieben, angegriffen, in den Knast gesperrt oder gar getötet.

Auch diejenigen Länder, die das anders machen, sind dabei keineswegs von menschenfreundlichen Motiven getrieben. Es geht ihnen weniger um das Einkommen als um die Kaufkraft der Menschen. Ohne Käufer*innen kein Kapitalismus! Die „Hilfen“ bestehen im wesentlichen aus Krediten, die zurückgezahlt werden müssen, und nach der Krise soll alles wieder den Marktprozessen überlassen werden. Das wird neben gigantischen Profiten für wenige Pleiten zahlreicher kleiner und vielleicht auch einiger großer Unternehmen ebenso mit sich bringen wie Verarmung, ja Verelendung großer Teile der Bevölkerung. Der wachsende Reichtum weniger wird wie immer zu mehr Armut vieler führen.

Das könnte aus staatlicher Sicht ein (neoliberales) Grundeinkommen plausibler. Milton Friedman, der diese Vorstellung geradezu paradigmatisch entwickelt hatte, wollte Menschen ohne Einkommen bis zu einem Viertel des steuerlich freigestellten Betrages auszahlen und ansonsten jegliche

öffentliche Unterstützung einstellen. Mit diesem Minimalbetrag würden die (meisten) Betroffenen nicht verhungern, aber sie müssten jeden noch so üblen Job zu allen noch so miesen Bedingungen anzunehmen.

Deshalb haben die Initiator*innen einer „Europäischen Bürgerinitiative bedingungsloses Grundeinkommen“, zu denen auch die Attac-AG „genug für alle“ gehört, ausdrücklich formuliert, dass „das bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat nicht ersetzen, sondern ergänzen“ soll und es sich um eine Zahlung handeln muss, die „jedem Menschen die materielle Existenz und die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe sicher(t)“. Die Sammlung der zum Erfolg notwendigen eine Million Unterschriften beginnt am 25. September.

Werner Rätz